

# 26. Infobrief

---

Mai 2009

## Die Entscheidung

Diese Ausgabe des Infobriefes, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, steht ganz im Zeichen der nahenden Kommunalwahlen. Bürgermeister, Gemeindevertreter und Kreistagsabgeordnete werden gewählt.

Die letzte Wahl im Sommer 2004 hat einiges an Veränderung gebracht. Damals schlug die Stunde der Wählerliste „Frischer Wind für Lubmin“ (FWL), gegründet durch Freunde und Mitglieder der BI „Zukunft Lubminer Heide“. Auf Antrieb eroberte man das Amt des Bürgermeisters sowie fünf von zwölf Gemeindevertretersitzen.

Viel hat sich geändert seitdem. Bürgermeistersprechstunden gibt es jetzt regelmäßig. Pläne zur Gemeindegestaltung werden nicht mehr nur beim Planungsbüro bestellt und bei der nächsten Gemeindevertretersitzung abgenickt um schließlich nach Ende der Bauarbeiten des Unfuges gewahr zu werden. Nein, sie werden vorher **gelesen** (zumindest von einigen), geprüft, nötigenfalls modifiziert und dann umgesetzt. Der Zweckverband, der zuvor nach Gutscherarten über weite Teile des Lubminer Gemeindegebietes walten konnte (und das, wo möglich, noch heute tut), muss nun immerhin das Licht der Öffentlichkeit fürchten.

Nicht alles, was Liebhaber reichlicher Bürgerbeteiligung, gesunder Umwelt und eines selbstbestimmten Lubmins sich wünschen mochten, konnte um-

gesetzt werden. Viele Jahre hatten die alten Kräfte eine knappe Mehrheit gegenüber den Vertretern des FWL. Diese Mehrheit brach erst zusammen, als der drohende Kraftwerksbau die Vertreterin der PDS veranlasste, in einigen sehr wichtigen Punkten die Seite zu wechseln. Nachdem sie Lubmin verlassen hat, herrscht in unserer Gemeindevertretung ein Patt.

Mit den kommenden Wahlen werden Sie alle darüber die Entscheidung fällen, wie es weitergehen soll mit Lubmin. Sollen Bürgermeister und Gemeindevertreter wieder abnicken, was Zweckverbände, EWN und das gelegentliche Planungsbüro ihnen vorsezen, oder wollen die Bürger durch ihre Vertreter aktiv mitgestalten? Das Patt in der Politik unseres Ortes muss beendet und die Spaltung unserer Gemeinde überwunden werden.

Am 7.6.2009 wird Lubmin eine Wahl treffen. Was es wählt, wird es bekommen und was es bekommt, wird unseren Ort für Jahrzehnte prägen. „*Die da oben machen ja doch, was sie wollen*“ hört man an den Stammtischen. Humbug! Jeder Bürger kann wählen und jeder Bürger kann sich an der Gemeindegemeinschaft beteiligen. Demokratie ist nicht irgendein Premiumservice mit Qualitätsgarantie - Demokratie ist Arbeit. Es lohnt sich aber. Darum:

**Gehen auch Sie wählen!**

## „Wenn man nicht mehr weiter weiß, ...“

... gründet man einen Arbeitskreis“. Diesen Spruch kennt wohl jeder schon aus vergangenen Zeiten. Doch wie lautet die Steigerungsform dieser alten Regel? „Und wer bisher nichts tat, der bildet einen Wirtschaftsrat“.

So geschehen am 06. März dieses Jahres in der Lubminer Heide im kochenden Krater der M-V-Wirtschaft, auf dessen Ausbruch mit einem „gewaltigen Urknall“ nun schon seit über zehn Jahren sehnsüchtig gehofft und gewartet wird. Die 12-

köpfige Wartegemeinschaft hat sich neu als „Rat für Technik, Energie und nachhaltige Entwicklung Vorpommerns“ formiert und um eine glitzernde Gollionsfigur geschart: „Schnippel-Otto mit den Scheinhänden“ will seine postministeriellen Verbindungen mit kernigen Sprüchen wieder spielen lassen, um dem „Monte Lubmino“ endlich zum Ausbruch zu verhelfen. Die Ostseezeitung vom 19.2.2009 zeigt ihn großformatig mit einem Bohrhammer in den Händen. Steht da ein Mann, der mit Lubmin noch eine Rechnung begleichen will?

„Miteinander reden und Entwicklungen auf den Weg bringen“ will erneut Visionär Dieter Rittscher. Nur, mit wem geredet werden soll, um „Akzeptanz in der Bevölkerung für Industrieansiedlungen zu stärken“, blieb bisher völlig offen. Sicher nicht mit der ALLIANZ gegen das Kohlekraftwerk und auch nicht mit dem Bürgermeister der unmittelbar betroffenen Gemeinde Lubmin. Denn schließlich waren es „die Geschehnisse rund um die Genehmigung des Steinkohlekraftwerkes“, aus denen man die Lehre ziehen konnte, dass viele kleine fleißige Davids als ge-

schlossene Einheit dem milliardenschweren Goliath DONG Energy ganz schön am Bart zupfen können. Da muss nun schnellstens zur Gegenattacke getrommelt werden, damit das viel beschworene rechtsstaatliche Verfahren doch noch so beschieden wird, dass Herr Rittscher seinen Ruf als Vordenker nicht restlos verliert, Herr Jürgens profitable Aufträge für seine Firma bekommt, ein Herr Schön endlich seine Vermittler-Provision einstreichen kann, Herr Ebnet mit Aufsichtsratsgehalt seine Rente aufbessert, Herr Kanehl als arbeitsloser Ex-Stadtchef noch nicht zur Arge muss, Herr OB König weiter auf eine millio-nenschwere Fusion mit Lubmin als Industrievorort der Hansestadt hoffen kann usw. usf.

Die Interessen sind also nachvollziehbar und vielfältig, wozu da noch mit der Gemeinde Lubmin reden?

Vielleicht löst sich dieser Rat ebenso leise wieder auf, wie seinerzeit der Beirat zum Zweckverband Lubminer Heide, in dem einige der neuen Ratsmitglieder auch schon saßen...

## Die Wahlversprechen der SPD

Erinnern Sie sich noch an das Jahr 2004? Das war das Jahr, in dem Lubmin zum ersten Mal einen reichigen Wahlkampf geboten bekam. Hatte das Terrain zuvor weitgehend den etablierten Volksparteien gehört, hatte man sich darauf verlassen können, dass die Bürger sowieso niemand anderes wählen können, so musste man diesmal Stellung beziehen zu Themen, die zum Teil kontrovers waren.

Es wurden Wahlversprechen gemacht.

Mit den Versprechungen der CDU haben wir uns in den letzten Jahren ausreichend auseinander gesetzt. Wie aber sieht es eigentlich mit denen der Lubminer SPD aus? Sofern Sie, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, unserem Rat gefolgt sind die Wahlbroschüren aufzuheben, werden sie in jener der SPD allerlei Erbauliches entdecken:

- *„Weiterhin gegen eine Einlagerung von Atommüll aus Westkernkraftwerken einsetzen“*
- *„Bewahrung des Waldes vor Abholzung“*
- *„Die Interessen Lubmins müssen besser vertreten werden - auch gegen den Kreis, Zweckverbände und Konzerne“*

Was ist aus den Versprechungen geworden? Nun ja, zum Teil sind es ja Dinge, die eine Gemeindevertretung gar nicht beschließen kann. Atomrecht zum Beispiel ist Bundesrecht. Da wird die GV nicht gefragt. Aber sieht doch gut aus auf der Wahlbroschüre. Immerhin: mit einer Prise Ungehorsam gegen Vorbild und Mentor Lietz hätte man ja eine Entschliebung gegen die erweiterte Nutzung des Zwischenlagers wagen können. Dafür hat der Schneid jedoch nicht gereicht.

Etwas anders sieht es bereits aus beim Schutz des von den Lubminern so sehr geliebten Waldes. Das ist eine Sache, die Lubmin in der Hand hätte. Beispielsweise könnte man einen Austritt aus dem Zweckverband unterstützen. Und reicht der Mut zu letzterem nicht, kann man zumindest sein Fingerlein, ein jeder hat zehn Stück davon, gegen den bis auf Weiteres völlig sinnlosen Bau von Gleis, Straße und Lärmschutzwall erheben. Statt dessen wurde die Rodung eines breiten Waldstreifens widerstandslos hingenommen.

Gänzlich verheerend ist die Bilanz in Sachen Lubminer Interessenswahrung. Die an den Landkreis zu entrichtende Umlage ist um etwa die Hälfte angestiegen und macht einen großen Teil der durch die Kon-

solidierung der letzten Jahre ersparten Spielräume wieder zu nichte. Wie Lubmin ohne den eigenen Sparkurs heute dastünde, mag sich keiner ausmalen. Das Paradebeispiel in Sachen Zweckverband konnte man auf der letzten Sitzung am 14.1.2009 ansehen. Da wurde ohne Widerstand des Abgeordneten Tornow beschlossen, 3000 Euro für anwaltliche Beratung bereit zu stellen. Jeder, der das Geschehen verfolgt, weiß, dass diese Beratung gegen Lubmin und seine Fluchtbemühungen gerichtet ist. In der selben Sitzung fand es Herr Tornow auch nicht zu dreist, eine Mitschuld für den noch nicht erfolgten ZV-Austritt beim Lubminer Bürgermeister zu entdecken. Was bedeutet all dies angesichts der nahenden Kom-

munalwahl? Wer sich gelegentlich die Gemeindevertretersitzungen ansah, mochte beinahe den Eindruck gewinnen, der Abgeordnete Tornow nehme bisweilen an den Fraktionssitzungen der CDU teil. Lassen Sie sich also nicht foppen, wenn die Lubminer SPD sich auch diesmal wieder als Mittelweg zwischen den Kontrahenden FWL und CDU zu präsentieren sucht. Die SPD war die gesamten vergangenen 5 Jahre ein unverbrüchlich treuer Waffenbruder der CDU, und sie wird es auch diesmal wieder sein.

**Wer die Lubminer SPD wählt, wählt Zweckverband, Kohlekraftwerk und Vorherrschaft der CDU.**

## Was jetzt?

„Die da oben machen ja doch, was sie wollen“ hört man die leichter frustrierten unter uns nicht selten lamentieren.

Ist das so?

Im August 2008 hatten die Genehmigungsunterlagen für das in Lubmin geplante Kohlekraftwerk in den zuständigen Ämtern ausgelegen. Bürger und Umweltverbände hatten danach Gelegenheit, durch ihre Einwendungen ihre Meinung und Befindlichkeit zum Kraftwerk zu äußern. Nicht weniger als 9000 unserer Mitbürger haben von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht. Nach der Sichtung dieser Briefflut fanden schließlich in Greifswald, hauptsächlich im dortigen SCHAWI, im Zeitraum vom 28.10. bis zum 26.11.2008 die Erörterungen der Genehmigungsunterlagen und der vorgebrachten Einwände statt.

Das Kraftwerksprojekt von DONG Energy hatte einen ausholenden Satz gemacht, um eine entscheidende Hürde im Rahmen des Genehmigungsverfahrens zu nehmen... und ist daran hängen geblieben. Sachlich und freundlich im Ton, jedoch fundiert und gut vorbereitet in der Sache, war es den Kraftwerksgegnern gelungen, rauchende Breschen in die Argumentation des Investors zu schlagen.

Was der für dumm gehaltenen Bevölkerung des Landes als „modernstes Kraftwerk Europas“ hatte verkauft werden sollen, erwies sich als recht gewöhnliche 0815-Ware von der Stange. Niemand anderes als der Investor selbst trug, nachdem es anfang, brenzlich

zu riechen, fleißig zur eigenen Entlarvung bei. Hatte man etwa 500 kg jährliche Quecksilberemission als überragende Umweltleistung anpreisen wollen, verspricht man neuerdings eine Reduktion dieses Wertes auf einen Bruchteil.

Der Ministerpräsident wird des Versprechens nicht müde, es werde ein sachliches und unvoreingenommenes Verfahren ohne Druck auf die Behörden geben. Wir Kraftwerksgegner können damit gut leben.

DONG will sein Kraftwerk am Rande eines Naturschutzgebietes von europäischem Rang bauen, da beißt die Maus keinen Faden ab. Die Folge ist, dass die EU-Kommission zu dem Vorhaben eine Stellungnahme abgeben muss. Vorher geht's nicht weiter mit der Genehmigung. Und dort war man mit der Qualität der Papiere, mit denen das Schweriner Wirtschaftsministerium zuletzt sogar sich selbst eingelullt hatte (Nachweis des vermeintlichen und vorgeblichen öffentlichen Interesses), ganz und gar nicht zufrieden.

DONG macht jetzt Hausaufgaben. In über 100 Punkten wurde dem Vorhabensträger vom StAUN aufgegeben, die Unterlagen nachzuarbeiten, Ungenauigkeiten zu beseitigen, neu aufgeworfene Fragen zu beantworten. Das ist Arbeit, die im Stillen erfolgen wird. Auch wenn die folgenden Monate nichts Spektakuläres bringen, heißt es weiterhin, aufmerksam zu sein.

## Frischer Wind für den Kreistag OVP?

Am 07. Juni wird auch der Kreistag neu gewählt. Bisher sitzen vier Lubminer im Kreistag und seinen Ausschüssen: Herr Lietz (CDU), Herr Krohn (CDU), Herr Tornow (SPD) und Herr Roggow (FDP). Sie werden sich sicher auch wieder um ein neues Mandat bemühen, stehen sie doch auf den Wahlvorschlägen ihrer Parteien.

Inwieweit sie bisher die Interessen Lubmins in diesem Parlament spürbar vertreten haben, muss jeder Wähler selbst herausfinden. Öffentlich ist jedenfalls keiner von ihnen gegen das Steinkohlekraftwerk, die Einlagerung von Atommüll aus den alten Bundesländern, die ungebremste Industrialisierung in der Lubminer Heide oder auch gegen die ständig steigende Kreisumlage aufgetreten. Eher das Gegenteil! Das Seebad Lubmin hat also keine Lobby im Kreistag, jedenfalls nicht aus dem eigenen Ort. Ein eigener Kandidat auf der Liste des Frischen Win-

des könnte daran auch nicht allzu viel ändern, würde aber viel kostbare Kraft und Zeit kosten. Nützlich erscheint es dann eher, jene Kandidaten der Parteien zu unterstützen, die sich wirklich Sorgen um Lubmin machen und das im Kreistag auch zum Ausdruck bringen können.

Frau Karin Kaspar (SPD) von der Insel Usedom ist nicht nur eine beherzte Gegnerin des Steinkohlekraftwerkes - immerhin ist sie die Sprecherin der ALLIANZ gegen das Kraftwerk - sondern auch Verfechterin einer bürgernahen und transparenten Demokratie in den Kommunen.

Die Wahl der Kreistagsabgeordneten ist auch eine Personenwahl! Sofern Sie sich um Umwelt, Gesundheit, Nachhaltigkeit und Tourismus in unserer Region sorgen: wählen Sie nicht blind irgendeinen Kandidaten, nur weil er im gleichen Ort wohnt.

**Geben Sie ihre Stimme Karin Kaspar (SPD)!**

## Das dicke Ende kommt erst

Am 1.4.2009 billigte das Bundeskabinett den Entwurf über das Gesetz über die unterirdische Einlagerung von Kohlendioxid (CCS-Gesetz). Dieses Gas - eigentlich natürlicher Bestandteil unserer Atmosphäre - wird beispielsweise durch die Verbrennung fossiler Brennstoffe in Kraftwerken erzeugt und freigesetzt. Es ist verantwortlich für den gefährlichen Wandel des Erdklimas, der seit einigen Jahren messtechnisch nachweisbar ist.

Nun soll das CO<sub>2</sub> also unter die Erde. Klingt doch eigentlich gut und könnte auch sinnvoll sein. Dummerweise hat die Bundesregierung (der zuständige Minister Gabriel hat das Gesetz weitgehend durch RWE und Vattenfall formulieren lassen) das Kind mit dem Bade ausgeschüttet. Mecklenburg-Vorpommern gehört zu den Bundesländern, die den Preis dafür bezahlen werden, denn in Norddeutschland werden die geeigneten Lagerstätten am ehesten vermutet.

Was ist faul am CCS-Gesetz?

1. Die Genehmigungen zur Erkundung geeigneter Endlagerstätten werden nach dem Bergrecht erteilt und erhalten praktisch absolute Priorität gegenüber anderen Nutzungen des Untergrundes. So sollen Anträge auf Geothermiefelder zugunsten der Untersuchung zur Kohlendioxidablagerung zurückgestellt werden. Während in Geothermiefeldern die Unter-

suchung zur Kohlendioxidablagerung möglich bleibt, wird jegliche Geothermienutzung in einem Untersuchungsfeld zur Kohlendioxidablagerung ausgeschlossen.

2. Die Haftung der Energiekonzerne für die Sicherheit der Endlagerstätten wird begrenzt auf 30 Jahre nach Schließung des Lagers. Wenn danach Probleme mit der Endlagerstätte (z.B. Gasaustritt) auftreten, muss das Bundesland zusehen, wie es die Suppe auslöffelt - und bezahlen.

Irreführend ist bereits die Verwendung des Wortes „Speicherung“ an Stelle des Ausdruckes „Ablagerung“. Eine „Speicherung“ bezeichnet eine vorübergehende Einlagerung. Aufgrund solcher Feinheiten der Wortwahl fällt das verpresste CO<sub>2</sub> nicht unter das strenge Abfallrecht, sondern wird im Rahmen des weniger strengen Bergrechtes als „Wiederverwertbares Wirtschaftsgut“ behandelt. Eines von vielen beeindruckenden Stücken Lobbyarbeit der Energiekonzerne.

„Ich will nicht, dass Deutschland die Last der Endlagerung für die deutsche Kernenergie tragen muss.“ pflegte der ehemalige Ministerpräsident Ringstorff sinngemäß zu lamentieren. So wie die Dinge heute stehen, werden wir zu ebendieser die Last der CO<sub>2</sub>-Einlagerung noch hinzu bekommen.

## Wussten sie schon...

Dass DONG in Emden ein Kraftwerk gleichen Zuschnittes wie das in Lubmin plant? Bemerkenswerterweise werden dort nur 100 Arbeitsplätze in Aussicht gestellt... (strom magazin 08.02.2008 / ddp)

## Demokratie a la CDU

Alle fünf Jahre darf jeder mündige Bürger die Demokratie in unserem Land einmal so richtig nah erleben und auskosten: Er darf wählen, d.h. er kann denjenigen Mitmenschen das Vertrauen aussprechen, die seine Interessen im politischen Alltag wahrnehmen können.

Das soll es dann aber auch schon gewesen sein mit der Demokratie, meint die CDU im Kreistag OVP, angeführt durch ihren Fraktionschef Dr. Kai Krohn aus Lubmin. Die unternahm unlängst einen Vorstoß zur Änderung der Geschäftsordnung, wonach die Ausschusssitzungen des Kreistages künftig in der Regel nichtöffentlich erfolgen sollten. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt.

In der Zwischenzeit hat Herr Dr. Krohn für seinen unbeschwerten Versuch, unsere Demokratie zu schmälern, von der Presse der Region so viel Prügel

erhalten, dass auch der Infobrief der BI „Zukunft Lubminer Heide“ keine Notwendigkeit mehr sieht, dem noch etwas hinzu zu fügen.

Was uns allerdings weiterhin bewegt ist die Frage nach der Zukunft unserer eigenen Gemeinde. Hat nicht gerade die Lubminer CDU immer schlechte Erfahrungen mit der Öffentlichkeit gemacht? Könnte man seinen Gemeindevertretern nicht manche Blamage ersparen, wenn das versuchte Ränkespiel zu armselig ist? Ließen sich die kühnen B-Pläne der Zukunft nicht viel entspannter durchwinken ohne ein entsetztes Publikum im Saal zu wissen? Kurzum: könnte das Modell „Öffentlichkeitsausschluss“ vielleicht auch in Lubmin bald Schule machen?

Schauen Sie bei der nächsten Gemeindevertreterwahl doch mal genauer auf Ihren Stimmzettel...

## Wall oder Wald?

Diese Frage stellt sich so eigentlich nicht mehr: Der Wald ist weg, um einem Lärmschutzwall Platz zu schaffen. Doch nun, wo der aufgeschüttete Wall unwiderruflich die Grenze des B-Plangebietes markiert, kommen berechtigte Zweifel am Sinn dieses Bollwerkes auf. Welcher Lärm soll denn damit gebremst werden? Schließlich dürfen die Produktionsgebäude, in denen der Lärm erzeugt wird, doch bis zu 40 m hoch sein. Und da sich Schall auf Sichtachsen ausbreitet, wird er wohl kaum herabsteigen, um sich hinter dem Wall zu verstecken. Nein, ungehindert würde der Industrielärm schnurstracks auf die Ortslage Lubmins zustreben, wäre nicht der Küstenwald als Pufferzone dazwischen. Ein Kiefernwald mit einigen Laubbäumen absorbiert den Lärm sogar am besten; denn er verliert im Winter keine Blätter. Da der teure Lärmschutzwall also keine Funktion gegen Industrielärm hat, er höchstens das ständige Ei-

senbahngeratter auf dem neuen Gleis etwas dämpft, kann der „ungepflegte“ Wald doch noch von Nutzen sein. Also sollte er als „Lärmschutzwald“ in ein ministerielles Register eingetragen werden. So kann er dann vor weiteren Rodungen für Investoren bewahrt werden, die unbedingt 300 m in westlicher Richtung bauen müssen, wie seinerzeit schon die Holzfirma Klausner. Jenem Vorhaben verdanken wir nämlich die Ausweitung des B-Planes über den „Plattenweg“ hinaus. Wer weiß schon, auf welche Ideen die Industrievisionäre noch kommen in Anbetracht der „Schlange stehenden Investoren“?

Ganz nutzlos ist der jetzige Wall dann trotzdem nicht, fungiert er doch hervorragend als Sichtschutz gegen neugierige Blicke auf anlandende Atommülltransporte im Hafen. Es hat eben alles einen tieferen Sinn!

## Wer tanzt auf den meisten Hochzeiten?

Die Arbeit in der Gemeindevertretung erfordert eine Menge Zeit, Kraft, Engagement und Beharrlichkeit. Da reicht es eben nicht, bestenfalls gelegentlich zu den Ausschusssitzungen zu erscheinen und sich lieber eher als später anderen, höheren Aufgaben zuzuwenden.

Wer aber mit ernsthafter Hingabe gleichzeitig z.B. Kreistagspräsident, Landtagsabgeordneter, Vorsitzender des Landkreistages, Gemeindevertreter und stellvertretender Bürgermeister sein will, sollte besser einen eineiigen Zwilling aufbieten können. Wie schnell bleibt da das unbezahlte Ehrenamt in der Gemeinde mit 20 Euro Sitzungsgeld hinter den Abgeordnetenbezügen von ca. 7.000 Euro pro Monat als Erstes auf der Strecke. Über ein Jahr nicht an Ausschusssitzungen teilzunehmen (in den Ausschüssen, nicht in den Gemeindevertreter Sitzungen, wird die eigentliche Arbeit gemacht!) und zwischendurch nur mal zu den Sitzungen der Gemeindevertretung hineinzuschauen, einige kluge Sprüche und Empfehlungen abzulassen, um dann gleich wieder von dannen zu schwofen hat mit Erfüllung eines Wählerauftrages nichts zu tun. Herrn Lietz letzte Teilnahme an einer Sitzung des Sozialausschusses ist datiert auf den

18.03.2008!

Amüsanterweise hat er damit dem neuen Kronprinzen der CDU für das Bürgermeisteramt, Axel Voigt, noch einiges voraus. Die Gemeindevertreter Sitzungen, die er in den letzten Jahren besucht hat, kann man an den Fingern abzählen, und haben Sie bitte keine Sorge, dass Sie dafür diesen schönen Infobrief aus der Hand legen müssten. Dass Lubmin das Kohlekraftwerk braucht, um zu überleben, will er aber bereits mit Sicherheit wissen (OZ 28.4.2009).

Im Juni will Herr Lietz noch einmal als Gemeindevertreter antreten. Stimmen gilt es zu fangen. Das Rezept lautet: Erzähle in Lubmin niemandem, dass Du das Kohlekraftwerk haben willst, und hoffe, dass niemand die Ostseezeitung liest („CDU-Landtagsabgeordneter Matthias Lietz bekennt sich zum Steinkohlekraftwerk und warnt vor Versuchen, die Genehmigungsentscheidung weiter hinauszuzögern.“, OZ vom 05.03.2009). Seine Wähler werden nicht bekommen, was sie sich gewünscht und bestellt haben. Schon im Herbst will er mit der Bundestagswahl das Tanzbeinchen in die abernächste Party hineinkriegen.

## Auch Polen ist vom Kraftwerk betroffen

Nach langem Zögern ist es unter Mitwirkung der Bürgerinitiativen nun doch noch gelungen, die polnischen Nachbarn in das Genehmigungsverfahren einzubeziehen. Vor einem offiziellen Treffen einer vielköpfigen polnischen Delegation unter Leitung des Direktors der Umweltbehörde aus Warschau mit dem Umweltminister Till Backhaus hatten Vertre-

ter der ALLIANZ Gelegenheit für ein halbstündiges Gespräch. Dabei wurde den Polen der von der Genehmigungsbehörde erstellte Katalog mit den erforderlichen Nachbesserungen zum DONG-Projekt übergeben. Direktor Ryszard Zakrewski sagte eine gründliche Prüfung zu.

## Saubere Luft in Tirol

Wer will schon als CO<sub>2</sub>-Schwein an der Klimakatastrophe mit schuldig sein? Doch wohl keiner freiwillig - außer Mecklenburg-Vorpommern. Unsere Landesregierung registriert ohne Unmut, dass sich deutschland- ja sogar europaweit Städte und Regionen CO<sub>2</sub>-arme Luft erkaufen, indem sie scheinbar kleine Anteile am Lubminer DONG-Kraftwerk erwerben. Die Liste reicht von Lübeck über Bad Vilbel, Viernheim bis nach Innsbruck und Salzburg, um nur einige zu nennen. Und all diesen

Kunden wurde erklärt, dass das Lubminer Kraftwerk in einer ohnehin von Atommüll verseuchten Industriebranche errichtet wird, in der es nichts mehr zu verderben gibt.

Liebe Grüße aus dem Seebad Lubmin öffneten manchem Kommunalvertreter dort die Augen und machten sie stutzig, neugierig und betroffen. Nun wird dort heftig diskutiert und gestritten, ob denn dieser Luftmüllexport noch vertretbar und für uns Lubminer zumutbar sei.

## Lubmin in der Finanzkrise?

So richtig spannend sind Einwohnerversammlungen in Lubmin schon lange nicht mehr, gibt es doch kaum noch aufgestauten Unmut bei den Bürgern, der sich anderenorts in solchen Versammlungen leicht entlädt. In der März-Versammlung allerdings bekam der interessierte Lubminer einmal einen tiefen Blick in das Haushaltsbuch der Gemeinde geboten, der trotz der vielen Zahlen recht aufschlussreich war.

Der Bürgermeister wagte in Anbetracht der bevorstehenden Kommunalwahlen, eine Haushaltsbilanz über die vergangenen fünf Jahre seiner Amtszeit zu ziehen. Sehr interessant!

Dass die Steigerung der Einnahmen um 480.000 Euro vollständig von den gestiegenen Zwangsumlagen an Kreis und Amt mit 400.000 Euro und den gestiegenen Schulbeiträgen um 100.000 Euro gleich wieder „aufgefressen“ wurden, kam nicht ganz überraschend. Schließlich wird im Kreistag, in dem auch vier Lubminer sitzen, ständig über die Kreisumlage gestritten. Für Lubmin beträgt die Erhöhung von 28,4 % im Jahre 2004 auf nun 43,3 % immerhin ein

Mehr von 350.000 Euro - Gegenwehr seitens der Gemeinden ausgeschlossen!

Neu waren für die Zuhörer aber die Zahlen über die in den fünf Jahren getilgten Schulden und außerplanmäßigen Belastungen. 2 Mio. Euro mussten für Sonderausgaben wie Teufelstein-Desaster, EWN-Darlehen, Vineta-Grundstücksverkauf, unsichere Bürgschaften und unnötige Mietzahlungen ausgegeben werden. Dinge, die teilweise aus den 1990er Jahren stammen und den Gemeindehaushalt unnötig stark belastet hatten.

Was hätte die Gemeinde mit dem Geld nicht alles anfangen können? Und trotzdem war aber auch von den zahlreichen Investitionen zu hören, die getätigt wurden und von denen sich jeder aufmerksame Lubminer überzeugen kann. Beispiele wären der Gehwegbau, das Feuerwehrgebäude und der Sportplatz.

Mit dem Plan für 2009 ist der Haushalt nun saniert und stabil, von einer Finanzkrise ist also in Lubmin vorerst nichts zu spüren.

## Mannschaft erneuert

Personelle Veränderungen gab es nach der Jahreshauptversammlung an der Spitze der BI „Zukunft Lubminer Heide“. Bärbel Rahn, die wir nach acht Jahren Einsatz als Kassenwart wohl als Urgestein der BI bezeichnen können, schied aus dem Vorstand aus. Ihre Stelle nimmt nun Frau Ruth Laß ein.

Timo Hamann, der mit großem Eifer das Amt des

zweiten Vorsitzenden bekleidet hatte, musste aus beruflichen Gründen die Region verlassen. An seine Stelle tritt Dr.-Ing. Georg Michel.

Wir danken den ausgeschiedenen Vorstandsmitgliedern für ihren Einsatz und wünschen den Neuen viel Erfolg.



*DONG war wohl ein wenig enttäuscht, dass die Baugenehmigung für das Kraftwerk dann doch nicht des gleichen Abends am Ministerstammtisch erteilt wurde. Der schöne Zeitplan! 2012 soll doch Kraftwerksbetrieb sein, sollen Gewinne vom Lubminer Himmel regnen! „Müssen wir jetzt ein richtiges Genehmigungsverfahren machen?“*

*Die EWN helfen DONG ein wenig aus der Patsche. Wer einen vollkommen sinnlosen Lärmschutzwall baut, kann bei der Gelegenheit doch gleich auch das Grundstück für das Kraftwerk planieren, für das es noch keine Baugenehmigung gibt...*

---

BI „Zukunft Lubminer Heide“ e.V, c/o Fritz-Reuter-Weg 15, 17509 Lubmin  
Vorsitzender: Dr. Michael Drevlak, stellv. Vors.: Dr. Georg Michel, Kassenwart: Ruth Laß  
Telefon: 03 83 54 / 22911, Email: [vorstand@lubminer-heide.de](mailto:vorstand@lubminer-heide.de)  
<http://www.lubminer-heide.de/>

---